



**Organisation für Sicherheit und
Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat**

PC.DEC/880
18. Dezember 2008

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

745. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 745, Punkt 4 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 880
VERLÄNGERUNG DES MANDATS DES OSZE-BÜROS IN ZAGREB**

Der Ständige Rat beschließt,

das Mandat des OSZE-Büros in Zagreb bis 31. Dezember 2009 zu verlängern.

Ohne einen Präzedenzfall zu schaffen, wird eine weitere Verlängerung dieses Mandats oder seine Erfüllung Ende 2009 im Lichte der Fortschritte der kroatischen Regierung in Bezug auf alle mandatsbezogenen Aufgaben in Erwägung gezogen werden.

PC.DEC/880
18. Dezember 2008
Beilage

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Serbiens:

„Die Republik Serbien ist fest davon überzeugt, dass die Rolle der OSZE-Feldpräsenzen in Südosteuropa und die von ihnen angebotene Unterstützung bei der Umsetzung der Prinzipien, Standards und Verpflichtungen der OSZE von grundlegender Bedeutung für den Fortschritt in der gesamten Region ist. Wir glauben auch, dass für regionale Fragen regionale Lösungen gefunden werden müssen.

Das Mandat des OSZE-Büros in Zagreb sieht vor, dass das Büro „mit regionalen und internationalen Partnern zusammenarbeiten wird“. In diesem Sinne erachten wir es für unerlässlich, dass das Büro seine Zusammenarbeit insbesondere mit der Europäischen Union und UNHCR in jenen Fragen fortsetzt, in denen auf regionaler Ebene keine tragfähigen Lösungen erzielt wurden und die sich insbesondere auf Probleme beziehen, die in der Erklärung von Sarajewo angesprochen werden.

Das Problem der Wohn- oder Mietrechte (OTR) kroatischer Staatsbürger – serbischer Flüchtlinge aus Kroatien – wurde trotz aller Anstrengungen nicht gelöst. Die Erfahrung hat gezeigt, dass das Wohnraumbeschaffungsprogramm der kroatischen Regierung kein Ersatz für eine Lösung der Wohn- und Mietrechtsproblematik sein kann. Um tragfähige Lösungen zu erzielen, ist es erforderlich, die Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern wieder in sämtliche Rechte einzusetzen oder ihnen eine angemessene Entschädigung anzubieten, wenn eine Rückkehr nicht mehr möglich ist.

Kroatische Staatsbürger – serbische Flüchtlinge aus Kroatien – sind noch mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, wie beispielsweise ausstehende Pensionszahlungen für den Zeitraum 1991 bis 1998, Teilnahme am Privatisierungsprozess in Kroatien, Ablehnung von Anträgen auf Wiederaufbau von Häusern (etwa 7500 Anträge sind noch nicht gelöst und Gegenstand von Berufungsverfahren, die noch nicht entschieden sind), die ungelösten Fragen der besetzten landwirtschaftlich genutzten Flächen, das Fehlen kommunaler, wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur in den Siedlungen, in die die Menschen zurückkehren, sowie die Struktur und Identität der Nutzer des Wohnraumbeschaffungsprogramms (mit etwa 5300 Wohneinheiten).

Die Republik Serbien bemüht sich ihrerseits um dauerhafte Lösungen für die Flüchtlingsproblematik und bringt auch Ressourcen ein, die Verantwortung liegt jedoch beim

Herkunftsland der Flüchtlinge. Das gilt auch für die Umsetzung der Regelung in Bezug auf die Anrechnung von Berufsjahren von Flüchtlingen.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft und Gespräche in multilateralen Formaten unerlässlich sind, um die oben erwähnten Fragen zu lösen.

Wir halten es auch für erforderlich, dass das OSZE-Büro in Zagreb im Einklang mit seinem Mandat eng mit dem Büro des Chefanklägers des ICTY zusammenarbeitet, um dem Gerichtshof uneingeschränkter Zugang zu den Archiven und Urkunden zu ermöglichen, die die Anklage für die Hauptverfahren benötigt.

Die Republik Serbien hat sich dem Konsens zum Beschluss über die Verlängerung des Mandates des OSZE-Büros in Zagreb in der Annahme angeschlossen, dass das Büro auch weiterhin aktiv an den im Mandat festgelegten Aufgaben arbeiten wird, bis das Mandat vollständig umgesetzt ist.

Wir ersuchen, diese interpretative Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates beizufügen.“